

Hochschulen. Ihre chronische Finanzkrise könnten die Universitäten durch Studienbeiträge erheblich mildern. Wann sie kommen, ist nur noch eine Frage der Zeit.

Preis der Bildung



Max A. Höfer

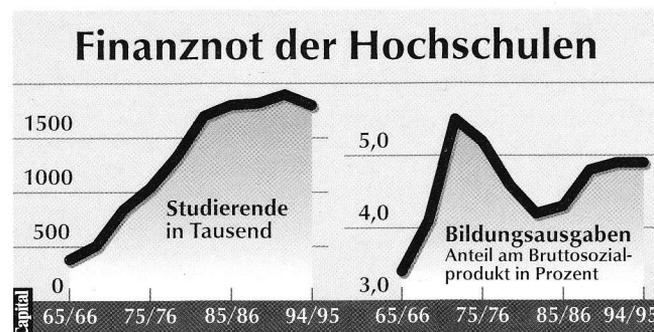
Peter Glotz steht zu seiner Prognose: „In spätestens fünf Jahren gibt es Studiengebühren.“ Die Finanznot der Hochschulen, so der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, läßt keine Wahl. „In wenigen Jahren stehen die Universitäten vor dem Offenbarungseid“, sekundiert ihm Peter Ulmer, Rektor der Uni Heidelberg, „dann werden Studiengebühren die letzte Rettung sein.“ Da die Kassen leer sind und niemand weiß, woher die fehlenden vier Milliarden Mark kommen sollen, die nach einer Berechnung der Kultusministerkonferenz den Hochschulen jährlich fehlen, bleiben als Zahler nur die Studierenden.

Eine bittere Wahrheit. Als sie Glotz im Frühjahr aussprach, wurde er vom lautstarken Chor aus SPD-Kultusministern, Gewerkschaftern und Studentenvertretern niedergebrüllt. Daß ihm später BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel ausdrücklich zur Seite sprang, verstärkte nur deren Mißtrauen. Das Rütteln

an den bildungspolitischen Dogmen der sechziger Jahre ließen die sozialpolitischen Besitzstandswahrer dem unorthodoxen SPD-Vordenker nicht durchgehen. Damit erging es Glotz wie vor zwei Jahren dem Wissenschaftsrat, als der eine Studiengebühr von 1000 Mark pro Student und Semester vorschlug, diese

dann aber aufgrund von Protesten zurückzog. Die Gebühr hätte bei 1,9 Millionen Studenten 3,8 Milliarden im Jahr eingespielt – ziemlich genau den jährlichen Fehlbetrag der Hochschulfinanzierung.

Glotz mußte Kreide fressen. Das Bafög-Modell, mit dem die SPD nun im Bundestag gegen Bildungsminister Jürgen Rüttgers antritt, ist Sozialdemokratismus pur: Alle Auszubildenden, also nicht nur Studenten, sollen elternunabhängig eine Grundförderung von 500 Mark pro Monat bekommen. Begabte und Bedürftige darüber hinaus noch einen Zuschlag. Das Geld will die SPD durch die Streichung von Kindergeld für Auszubildende über 18 Jahre und Steuerfreibeträgen der El-



Die Grafik zeigt: Die Unis haben zu wenig Geld. Folge: Auf einen Studienplatz kommen heute zwei Studenten, auf einen Dozenten 22 (1975: zehn) Studenten.

tern zusammenkratzen – vor allem bei den Besserverdienenden, die wegen der Steuerprogression stärker von Ausbildungsfreibeträgen profitieren.

Doch das wesentlich von SPD-Chef Scharping favorisierte Modell ist eine finanzpolitische Luftbuchung. Intern hat das Bildungsministerium nachgerechnet: Die Kosten für die zirka 3,1 Millionen Auszubildenden über 18 Jahre würden jährlich 18,6 Milliarden Mark ausmachen, während die Streichung der Steuervergünstigungen lediglich 5,3 Milliarden Mark einbrächte. Damit fährt die SPD in alten Gleisen. Mit der Gießkanne sollen unterschiedslos Wohltaten an alle gehen, die keiner bezahlen kann. Wie die Hochschulen zu mehr Geld kommen sollen, dazu schweigt der SPD-Vorschlag.

Nicht so Rüttgers. Er schaufelt sich – vorübergehend – durch die Änderung der Bafög-Darlehensfinanzierung bis 1999 die stolze Summe von 1,6 Milliarden Mark frei, die er zur Forschungsförderung und zum Hochschulbau einsetzen will. Damit ködert er die SPD-Finanzminister, die daran ebenfalls verdienen würden. Hessen und Niedersachsen, das in den nächsten Jahren 1200 Stellen streicht, benötigen das Geld am dringendsten. Im ganzen Bundesgebiet kann im nächsten Jahr kein einziges Hochschulbauprogramm begonnen werden.

Doch zum Thema Studiengebühren schweigt auch Rüttgers. Noch. Der gewiefte Taktiker hält sich damit bewußt zurück. Obwohl Studiengebühren gegenüber „prinzipiell aufgeschlossen“, überläßt er den Ländern den nächsten Zug und wartet ab, wie sich die Dinge entwickeln. „Der Rüttgers-Plan hat wieder Schwung in die Studienfinanzierungsdebatte gebracht“, lobt der sächsische

► Hochschulen

Kultusminister Hans Joachim Meyer. Wöchentlich flattern Rüttgers neue Vorschläge auf den Schreibtisch. Meyer will über eine Kombination aus Grundförderung und Bildungsgutscheinen „Anreize zu einem leistungsorientierten Studienverhalten geben“. Sein baden-württembergischer Kollege Klaus von Trotha möchte jedem Studenten kostenlos Bildungsgutscheine bis zum 13. Semester zuteilen. Wer länger studiert, soll 1000 Mark je Semester zahlen. Von Trotha hat die zirkä 300 000 Langzeitstudenten im Blick, die 15 Semester und länger die Unis bevölkern. Allein der geldwerte Vorteil eines Studentenausweises, der etwa verbilligten Versicherungsschutz, ermäßigte Bahnfahrten oder Mensessen gewährt, summiert sich auf 1268 Mark pro Semester, so eine Studie der Uni Mannheim.

Doch selbst solche millionenschweren Mitnahmeeffekte können die Front der Studiengebührengegner nicht verunsichern. „Völliger Unsinn“, winkt Marianne Tidick ab, als Wissenschaftsministerin von Schleswig-Holstein Sprecherin der SPD-regierten Länder in der Kultusministerkonferenz. Das

Totschlagargument, nur reiche Kinder könnten sich bei Studiengebühren ein Studium leisten, arme würden abgeschreckt, soll Alternativen tabuisieren. Während das Ausland neue Wege beschreitet, wiederholen in Deutschland die Gegner von Studiengebühren gebetsmühlenartig längst erfüllte Reformwünsche der sechziger Jahre: „Bildung für alle.“

Sie übersehen dabei, in welchem Ausmaß sich die Gesellschaft seither kontinuierlich akademisiert hat. Nahmen 1975 knapp 19 Prozent eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf, sind es heute 30 Prozent. Alle Schichten sind beteiligt, wenn auch nicht gleichermaßen. So hat sich die Studienanfängerquote der Arbeiterkinder von 8,6 Prozent in 1982 auf 15,1 Prozent in 1993 erhöht. Hauptnutznießer des bestehenden Systems sind jedoch die Beamten. 65 Prozent der Beamtenkinder gehen zur Hochschule, obwohl sie nur zwölf Prozent der entsprechenden Jahrgangsstärke ausmachen.

Weil das Studium nichts kostet, finanzieren die ärmeren Schichten de facto den reicheren das Studium. „Sieben Arbeitnehmer bezahlen einem Akademiker die Ausbildung“, hat Sozialökonom und SPD-MdB

Rüttgers Millionen-Spiel

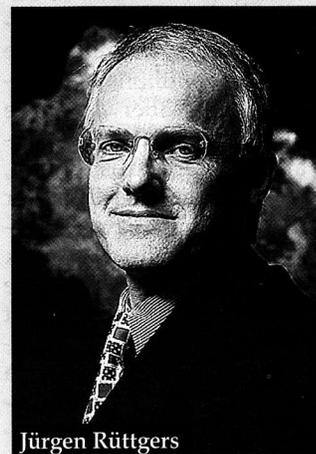
Zukunftsminister Jürgen Rüttgers ist der Hoffnungsträger der Union. Mit Vorschußlorbeeren ausgestattet, muß er nun eigene Akzente setzen und beweisen, daß er sich im Dickicht von koalitionsnahen Rücksichtnahmen und sozialdemokratischen Querschüssen im Bundesrat durchsetzen kann. Bei seinem Mentor Helmut Kohl hat er gelernt, daß letztlich nur wichtig ist, was „hinten rauskommt“. Dem Zukunftsminister sind die Hände gleich doppelt gebunden: Im Forschungsetat wurden die Gelder weitgehend von den Vorgängern verplant und im Bildungsbereich haben die Länder das Sagen.

Der trickreiche Rüttgers hat dennoch einen Weg gefunden, mit dem er sich den finanziellen Spielraum freiräumen will. Sein Blick fiel auf das Bafög. Der Darlehensanteil an der Ausbildungsförderung soll aus dem Haushalt herausgenommen und durch ein privatrechtliches Bankdarlehen zum marktüblichen Zinssatz von derzeit 8,5 Prozent ersetzt werden.

Dadurch würde sich die Belastung für Fachhochschulstudenten von gegenwärtig 200 Mark Rückzahlung auf 211 Mark im Monat erhöhen, von Universitätsstudenten auf 299 Mark. Die freiwerdenden Mittel von 1,6 Milliarden Mark im Zeitraum von 1996 bis 1999 will Rüttgers in den Hochschulbau, in neue Sonderprogramme und in die großzügige Förderung der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft stecken.

Um den Aufschrei der Sozialpolitiker zu dämpfen, plant Rüttgers neue Wohltaten. So soll durch Anhebung der Bedarfssätze die Zahl der Bafög-Geförder-

ten von 24,5 Prozent auf 30,5 Prozent erhöht und die Zinsverpflichtung erst vier Jahre nach Studienende beginnen, in der Zwischenzeit zahlt der Bund den Banken die Zinsen.



Jürgen Rüttgers

Der Bildungs- und Wissenschaftsminister ist siegesgewiß: „Weil die Länder pleite sind, werden sie sich auf mein Modell einlassen.“

Rüttgers Kalkül zielt auf die Länder, die seinen Plänen im Bundesrat zustimmen müssen. Sie entlastet das Bafög-Modell ebenfalls, da sie 35 Prozent der Zinslast bislang beisteuern. Doch nur für einen Zeitraum von sieben bis acht Jahren, wie die SPD schnell nachrechnete, dann wendet sich das Blatt. Dann ist das Finanzpolster weggeschmolzen, weil die Zinszahlungen zunehmen und der Rücklauf aus den Bafög-Rückzahlungen ausbleibt.

Die vorübergehende finanzielle Atempause wird durch die Verschlechterung der Förderbedingungen erkaufte. Damit haben die Länder die Wahl zwischen Pest und Cholera: Lassen sie sich auf das Rüttgers-Modell ein, stehen sie in sieben Jahren vor noch größeren Problemen. Verweigern sie sich, müssen sie den bildungspolitischen Offenbarungseid möglicherweise schon früher leisten.



Matthias Berninger

Der Grünen-Politiker möchte Studenten elternunabhängig zwölf Semester lang 1000 Mark monatlich geben. Nach Berufseintritt soll zurückgezahlt werden. Das System benötigt eine Anschubfinanzierung von sieben bis 18 Milliarden Mark.

Im Ausland sind Studiengebühren die Regel. In Kombination mit Fördermaßnahmen sind sie sozial und steigern die Effizienz der Hochschulen.

Vielfältige Modelle

Andere Länder, andere Sitten. Die Geldnot der Unis hat im Ausland die Fantasie für alternative Finanzierungsmodelle schon früher beflügelt.

Großbritannien. Britische Hochschulen sind in der Auswahl ihrer Studenten völlig autonom. Die Auswahl erfolgt über Noten und persönliche Interviews. Der Abiturient bewirbt sich bei der zentralen Vermittlungsstelle UCCA um einen Studienplatz und gibt dort drei präferierte Hochschulen an. Wird der Student von keiner der drei Unis angenommen, kommt er in den Pool für die noch freien Studienplätze. Die Studiengebühren fürs dreijährige Erststudium (Bachelor) trägt die Heimatgemeinde. Jeden weiteren Studiengang muß der Student entweder selbst oder über das hochentwickelte Stipendienwesen finanzieren. Wer die Leistung nicht bringt, wird exmatrikuliert. Britische Studenten wissen, wieviel ihr Studium kostet und sind sich bewußt, daß jeder weitere Hochschulabschluß vom Erfolg im Erststudium abhängt.

Niederlande. Jeder holländische Student erhält weitgehend unabhängig vom elterlichen Einkommen ein Stipendium von 7000 Gulden pro

Jahr, das er nicht zurückzahlen muß, das allerdings nur für maximal sechs Jahre gewährt wird. Alle Studierenden sind gleichzeitig verpflichtet, Studiengebühren von 2250 Gulden im Jahr zu entrichten. Wird die sechsjährige Studienzzeit überschritten, ist eine höhere Gebühr von 3150 Gulden fällig. Die nicht unbeträchtlichen Studiengebühren verkürzen einerseits die Studienzzeit und zwingen andererseits die Unis zur Verbesserung der Lehrqualität.

Australien. Um den enormen Ausbau der Hochschulen zu finanzieren, hat die Labour-Regierung 1989 ein sozialverträgliches und unbürokratisches Gebührensystem eingeführt. Alle Studierenden entrichten bis zum Bachelor pro Jahr 2400 Mark, wofür sie auf Wunsch ein Darlehen erhalten, das unverzinst, aber an die Inflation angepaßt, später mit der Einkommensteuer zurückgezahlt wird. Das System soll sich nach zehn Jahren refinanzieren. Für Postgraduate-Studien verlangen die Unis unterschiedliche Studiengebühren. Trotz der Gebühren ist die Nachfrage nach Studienplätzen stark gestiegen. Der Anteil ausländischer Studierender hat sich von 1000 auf 40 000 erhöht.

Land	Bevölkerung in Millionen	Studierende in Tausend	Anteil an Bevölkerung in Prozent	Ausländische Studenten in Prozent	Studiengebühren pro Jahr in Mark
Belgien	10,1	286,0	2,8	9,5	900-1300 ¹
Dänemark	5,2	173,2	3,3	3,0	keine
Deutschland	81,3	1856,5	2,3	7,4	keine ²
Finnland	5,1	91,4	1,8	3,3	keine ²
Frankreich	57,8	1400,0	2,4	13,0	250-500 ³
Griechenland	10,4	200,0	1,9	1,0	keine
Großbritannien	58,3	522,6	0,9	13,8	1700-6400 ^{1,4}
Irland	3,6	86,3	2,4	5,9	3500-6700 ^{1,4}
Italien	57,1	1628,7	2,9	2,2	260-800 ^{1,5}
Luxemburg	0,4	1,8	0,5	8,9	keine
Niederlande	15,3	386,5	2,5	1,8	2000
Österreich	8,0	210,6	2,6	11,4	keine
Portugal	9,9	191,0	1,9	k. A.	700-800 ⁴
Schweden	8,7	256,0	2,9	5,6	keine
Spanien	39,1	900,0	2,3	3,0	500-700
Australien	17,5	580,0	3,3	7,4	2400

1) Legt Uni fest. 2) Sozialbeitrag an Studentenwerk 100 bis 150 Mark. 3) Einschreibe- und Einzelgebühren zuzüglich 300 Mark Krankenversicherung; Privatunis sind teurer. 4) Zusätzlich Einzelgebühren möglich für Einschreibung oder Prüfung. 5) Abhängig vom Einkommen der Eltern.

► Hochschulen

Martin Pfaff die Umverteilung von unten nach oben pauschal berechnet. Und eine vergleichende Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) kommt zum Fazit: „Für die Hochschulausbildung eines Akademikers gibt die öffentliche Hand achtmal soviel aus wie für die Erstausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf.“ Während Krankengymnastinnen oder Handwerksmeister für ihre Ausbildung meist selbst aufkommen, studiert der Arzt umsonst. Wird sein Lebenseinkommen mit zirka sieben Millionen Mark veranschlagt und das einer Krankenschwester mit zwei Millionen, „dann ist es grotesk, Studiengebühren unsozial zu nennen“, so IW-Experte Wilfried Schlaffke.

Doch Bildungspolitikern wie Glotz und Schlaffke geht es nicht allein um die Beseitigung sozialer Schieflagen. „Studiengebühren werden nicht nur die Studienzeiten verkürzen, sondern die Qualität der Hochschulen steigern“, heißt es in einer Entschließung der Spitzenverbände der Wirtschaft. Professor Detlef Müller-Böling, Chef des angesehenen Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, hat dazu erstmals ein detailliertes Modell vorgestellt. Die positiven Effekte sieht er vor allem im Wettbewerb zwischen den Hochschulen um Studenten. „Die Hochschulen können und müssen ihre Lehre attraktiver machen, die Studierenden können zu Recht für ihr Geld auch mehr verlangen.“ Darlehen und Stipendien stellen die notwendige soziale Chancengleichheit her. „Abgesehen vom Gebührenaufkommen lassen sich allein durch die Effizienzsteigerung der Unis und die Verkürzung

Park Hotel

SeaSide Hotel Leipzig



AUF GESCHÄFTS- REISEN KEINE KOMPROMISSE

- Direkt am Leipziger Hauptbahnhof
- 288 Komfortzimmer mit Design-Bädern
- 40 Boardinghouse-Apartments mit Kleinküche
- Konferenzbereich für bis zu 140 Personen
- „Nikolai Bistro“ mit delikaten Snacks und Cocktails
- Großer Fitnessbereich zum Ausspannen
- Jetzt buchen! 0341/98 52-0



SeaSide Hotels -
on the Sunny Side

► **Hochschulen** der Studiendauer Milliarden sparen“, schwärmt Professor Manfred J. M. Neumann vom ordoliberalen Kronberger Kreis. Verkehrte Welt. Linke Sozialpolitiker verteidigen die Besitzstände der Besserverdienenden, während die liberale FDP von marktwirtschaftlichen Anreizen im Hochschulwesen nichts wissen will, weil sie um die finanziellen Vorteile ihrer Klientel fürchtet.

Die Zurückhaltung des Bundesbildungsministeriums gegenüber Studiengebühren hat allerdings auch handfeste finanzielle Gründe. Es müsste den Bafög-Beziehern die Kosten für die Gebühren aus dem eigenen Budget erstat-

ten. Der Vorteil käme nur den Hochschulen zugute.

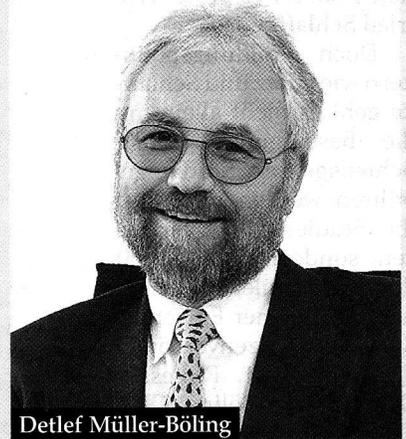
Ähnlich ressortegoistisch denken bislang auch die Kultusminister der Länder. Sie fürchten, daß ihnen die Länderfinanzminister den Hochschuletat um den Studentenbeitrag einfach kürzen. Da sich die Studiengebühr beim CHE-Modell Müller-Bölings aus sich selbst refinanziert, dürfte sich auch Rüttgers für dieses Modell erwärmen. Mit diesem Argument könnte er auch die Länderfinanzminister umstimmen, auf entsprechende Kürzungen zu verzichten, zumal er sie mit seinem Bafög-Vorschlag entlastet. Die Studiengebühr hätte dann allen geholfen.

„Für 2000 Mark Eigenleistung“

Als früherer Rektor der Universität Dortmund kennt Professor Detlef Müller-Böling die finanziellen und organisatorischen Zwänge des deutschen Hochschulwesens aus eigener leidvoller Erfahrung. Nun leitet er das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh, das der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz nahesteht.

Müller-Böling und sein Team haben sich in der Welt umgesehen, wie andere Länder ihre Hochschulen finanzieren und auf Effizienz trimmen. Besonders gut hat ihnen das ferne Australien gefallen. Das Ende September vorgestellte CHE-Modell übernimmt wesentliche Elemente des dortigen Studienfinanzierungssystems (siehe „Vielfältige Modelle“).

Im CHE-Modell soll jeder Studierende 2000 Mark pro Jahr an einen Studienfonds entrichten, der als Clearingstelle zwischen Studenten und Hochschulen fungiert. Studenten, die die Summe nicht aufbringen können, bekommen ein Darlehen, das sie später als Berufstätige über die Einkommensteuer tilgen. Arbeitslosen und geringverdienenden Akademikern werden die Rückzahlungen gestundet. „Die Befürchtung, daß Studiengebühren untere Schichten vom Stu-



Detlef Müller-Böling

Der Geschäftsführer des Centrums für Hochschulentwicklung hat ein Studiengebühren-Modell ausgearbeitet. Die 3,8 Milliarden Mark Einnahmen sollen direkt den Hochschulen zufließen.

dium abgeschrecken, wird durch die australischen Erfahrungen widerlegt. Dort sind die Studentenzahlen nach Einführung des Beitragssystems gestiegen“, betont Müller-Böling.

Der Eigenbeitrag der zirka 1,9 Millionen Studenten würde ein Volumen von 3,8 Milliarden Mark aufbringen, das ausschließlich der Qualitätssicherung der Lehre dienen soll. Damit will der CHE-Chef die dringend benötigten „Drittmittel der Lehre“ beschaffen.